

Herborner Tageblatt.



Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
H. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Letzettel 20 Pf.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 175.

Montag, den 29. Juli 1918.

75. Jahrgang.

Dämpfung.

Die Unterbrechung der parlamentarischen Arbeiten im Reich und in Preußen und der Eintritt kurzer Sommerferien bedeutet nicht zugleich eine Atempause in der Politik. Das ist heutzutage nicht viel mehr als eine schöne Erinnerung von ehemals. Wer sich dessen noch nicht bewusst geworden ist, den lehrt es ein flüchtiger Gang durch den Blätterwald. Für einen kurzen Sommerschlaf käme in den Zeiten des Weltkrieges, da im Donner der Geschütze täglich neue Probleme geboren werden, überhaupt nur die Parteiarbeit an jenen inneren Fragen in Betracht, die noch unberührt von den Wandlungen der neuen Zeit einen geschlossenen Kreis von Aufgaben auf dem Gebiete der Verwaltung und Gesetzgebung für sich darstellen. Aber es ist schließlich inmitten des großen Geschehens draußen auch in der inneren Arbeit des Tages und der Vorarbeiten für die Zukunft noch irgendein Tätigkeitsgebiet, in das nicht die Gebote für neue Ausrichtung und Zielgebung hineingeworfen werden? Seien es Siedlungsfragen, Relocationen der staatlichen Wirtschaftsbetriebe, Verwaltungsreformen, Eisenbahnfragen und öffentliche Bauvorhaben, ja bis hinein in die reinen Kulturarbeiten der staatlichen Förderung von Wissenschaft und Kunst, Wohlfahrt und Volksbildung, auch an die entgegenliegende Werkstatt des Staatsbetriebes pocht der neue Geist. So ist es ganz verständlich, daß die öffentliche Erörterung weitergeht, auch wenn die Hallen geschlossen sind, die eben diese Erörterung der politischen Journalistik, wie eine offenerzogene Selbstironie zugestanden hat, gar manches Mal zu „Hallenden Wiederholungen“ macht.

Reden und Kampf gehen weiter. Das wird dann wenig oder nichts verschlagen, ja es kann zum Besten dienen, wenn Aberdruck und Hochspannungen damit ein Ventil geöffnet bleibt, vor allem aber wenn der besten Worte eines, das aus den Verhandlungen des Reichstages schließlich herüberklang, seine Kraft nicht verliert und wirksam nachhallt: die Mahnung zur Wahrung der einheitslichen inneren Front, die aus dem Munde des Reichstagspräsidenten Grafen Hertling erging. Weil sie keine bloße Redeversicherung war, der Leiter der Reichspolitik vielmehr, in einer freilich klaren und entschlußbereiten Beweisführung, die Schatten einer kritischen Stunde bannend, unter der Zustimmung der Parteien dargetan hat, warum die politische Lage von heute nach der sachlichen und persönlichen Seite die Voraussetzungen für eine geradlinige Front in allen großen vaterländischen Notwendigkeiten ausreichend enthält, sollte der in jener Mahnung liegende Appell wahrlich nicht umsonst ergangen sein. Die Wortführer der Rechten wie der Linken vergeben sich nichts und geben dem Lande vieles und alles, wenn sie sich zu einer Dämpfung verstehen, die nur die Methode betrifft und ihre Ziele nicht weiter verbaut.

Wir wissen ja nur zu gut, wie mannigfach die Erschwerungen sind, die auf diesem Wege liegen. Sie alle im einzelnen aufzugreifen und in ihren Ursachen und Zusammenhängen zu zergliedern, das hieße nur in dem Bündnisse herumtrotzen und an den Abzug rühren, der ihn zu neuer Entladung brächte. Es sei nur ein Hinweis auf den Teil gegeben für das Ganze. Mit größerer oder geringerer Berechtigung stellen sich nach und nach die Parteien auf Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus ein. Der Kulturarbeit vielleicht, aber kein Parteipolitiker wird an die Möglichkeit glauben, daß selbst eine Entscheidung von so ungeheurer Tragweite denkbar wäre durch eine dem Ernst der Zeit und der Not des Vaterlandes Rechnung tragende Feststellung des Kräfteverhältnisses in einer gewissen Ruhe und Zurückhaltung. Es wird vielmehr ein Wahlkampf in Aussicht gestellt, der nicht dagewesenes bringen sollte an Aufwühlung der letzten Gegenläufe in allen Schichtungen unseres Volkslebens.

Ob das sein muß, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist ein Zeitabschnitt, in dem solche Erwägungen ihre Schatten vorauswerfen, den oben ausgesprochenen Erwartungen nicht allzu günstig. Und doch sei an das Verantwortlichkeitsgefühl der Männer gerührt, die den Anspruch erheben, daß ihre Stimme gehört wird. Die Härten und Spalten, die Niedrigkeiten und Widerwärtigkeiten der Wahlkämpfe und ihrer Vorbereitungen liegen stets in dem Kleinen und Kleinlichen der Einzelheiten. Dort ist das zu suchen, was Bismarck die Dreiecke genannt hat, nicht in dem politischen Aufmarsch der Parteien, mag ihn jede auch so wichtig als möglich zu gestalten suchen.

Wenn es nun am Platze wäre, in der Stunde der innerpolitischen Kriegsanlage aufzurufen zu einer gewissen Großzügigkeit im Ausweg der Entscheidung, wenn diese Stunde noch nicht gekommen ist, wenn noch gar nicht feststeht, ob der Einsicht des Volkes und der staatsmännlichen Führung der Regierung nicht schließlich doch noch der Erfolg beschieden ist, an dem man amnoch verzweifelt, so sollte es vollends als ein Wort zur guten Stunde erachtet werden, heute, da sich die ersten Ansätze zeigen, die Parole der Dämpfung auszugeben und weiterzutragen.

Mietlinge des Verbandes.

Trotzli kündigt Kampf bis aufs Messer an.

Stockholm, 27. Juli.

In längerer Rede vor einer Gouvernementskonferenz erklärte Trotzli: Es ist ganz klar, daß die Tschecho-Slowaken Mietlinge der französischen und englischen Welt sind und danach streben, eine neue Ostfront zu schaffen. Wenn wir mit ihnen nicht in allerhöchster Zukunft fertig werden, wenn die Deutschen nur die Möglichkeit der Schaffung dieser Front voraussehen, so können sie aus rein strategischen Zwecken die Kriegsoperationen aufnehmen. Wir müssen um jeden Preis dieses Hindernis von unserem Wege entfernen. Wenn wir den tschecho-slowakischen

Anstand nicht brechen, so werden wir auf größte Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet stoßen.

Trotzli teilte ferner mit, daß die Gerüchte, wonach deutsche Instrukteure in großer Anzahl in Kiew lebten, in Moskau leben, eine gewissenlose Lüge des Verbandes sei.

Japans Hilfe für die Tschechen.

Amsterdam, 27. Juli.

Nach den neuesten Nachrichten hat sich Japan entschlossen, den Vorschlag der Vereinigten Staaten, der tschecho-slowakischen Armee in Sibirien beizustehen, anzunehmen.

Aus dieser Meldung scheint hervorzugehen, daß eine Einigung zwischen Amerika und Japan dahingehend zustande gekommen ist, daß Japan lediglich in Sibirien die Tschecho-Slowaken unterstützt, nicht aber, wie England wünschte, eine neue Ostfront gegen Deutschland aufstellt. Wilson hat hier dem Drängen der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten nachgeben müssen, die unter keinen Umständen eine starke japanische Truppenmacht auf chinesischem oder sibirischem Boden leben wollte.

Ein alter Plan.

Russische Zeitungen berichten, daß schon im Jahre 1914 der Plan einer japanischen Intervention erwogen wurde, und daß Japan damals 400 000 Mann nach Frankreich gegen eine Vergütung von 5 Milliarden Franken schicken sollte. Ein zweiter Vorschlag wurde zu Beginn des Jahres 1916 gemacht. Die japanische Armee sollte damals an die russische Front geschickt werden. Gegenwärtig ist das Risiko Japans viel größer, aber um so größer sind auch die versprochenen Entschädigungen. Außerdem muß die japanische Armee mit japanischen Lebensmitteln und japanischer Munition versehen werden.

Zwischen Krieg und Frieden.

Die Viererbandesgesandten sind von Wologda nach Archangel abgereist. Das kommt einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung in Moskau gleich. Die Konsuln bleiben allerdings noch in Moskau, d. h. sie teilen die Gehartheit gegen die Bolschewiki mitten in Moskau fort. Die Sowjetregierung, von allen Seiten bedroht, verliert natürlich diesen unfreundlichen Akt zu überleben, sie will auch jetzt noch nicht die diplomatischen Beziehungen abbrechen, zumal sie sich ja außerstande sieht, den Kampf mit den ehemaligen Verbündeten aufzunehmen.

Der U-Boot-Krieg 1918.

Eine Unterredung mit dem Chef des Admiralsstabes. In einer längeren Unterredung mit dem Berliner Mitarbeiter der Rdn. Zeitung äußerte sich Admiral v. Holtzendorf, der Chef des Admiralsstabes, zum Stand des U-Boot-Krieges.

Erzelsens v. Holtzendorf nahm zunächst zu der Behauptung Jellicoes und anderer englischer Staatsmänner Stellung, daß der U-Boot-Krieg verlagert habe, daß er aufgehört habe, für England eine Gefahr zu bedeuten, da der Schiffsbau des Verbandes die Verluste an Schiffen übersteige und mehr U-Boote verdrängt als gebaut würden.

Tatsache ist lediglich, daß in der Verfolgung unserer Gegner mit Schiffsraum eine vorübergehende Besserung eingetreten ist. Die Nachrichten sind durch die Zeitungen bekannt geworden, daß der Verband unter dem Druck der schnell zunehmenden Trachtraumnot sich eine nicht unerhebliche Menge neutralen Schiffsraums dienstbar gemacht hat, teils durch Begabung mit Gevult, wie bei der etwa 630 000 Br.-Reg.-T. betragenden holländischen Räumte, teils durch Annäherung wirtschaftlichen Drucks auf dem Wege der Verhandlungen, z. B. bei einem Teil der schwedischen Handelsflotte von rund 250 000 Br.-Reg.-T.

Aber die Verlustsziffer und den Unterschied der deutschen und englischen Angaben erklärte der Admiral: Der den Gegner treffende Wertverlust allein an Schiffen und Ladungen hat am 1. Juli 1918 schätzungsweise 50 Milliarden Mark überschritten; der englische Schiffsraum ist auf den Stand von 1900, also in seiner Entwidlung um 18 Jahre zurückgedrückt worden. Unsere U-Boote haben den Engländern erst den Krieg ins eigene Land getragen und ihn ihm wirtschaftlich am eigenen Leibe empfindlich fühlbar gemacht. Der monatliche Durchschnitt unseres Verrentungsresultates von Januar bis einschließlich Juni 1918 beträgt rund 830 000 Br.-Reg.-T. Es wurden monatlich im Durchschnitt rund 830 000 Br.-Reg.-T. mehr verrentet als für den Verband gebaut wurden.

Endlich äußerte sich Erzelsens v. Holtzendorf über die Abnahme der Verrentungszahlen, sowie über ihre Schwankungen. Teils ist es die Folge der Abnahme des Verkehrs, der Gegenwirkung und der Gegenmaßnahmen, die das Arbeiten der U-Boote erschweren, teils sind es Schwankungen, die durch Unterschiede in der Zahl der gerade verwendungsbereiten U-Boote, durch Einflüsse der Jahreszeit und der Witterung hervorgerufen werden. Daß sich die Verrentungszahl trotzdem bisher auf solcher Höhe gehalten hat, verdanken wir der Unerschrockenheit und Tüchtigkeit unserer trefflichen U-Bootsbesatzungen.

Admiral v. Holtzendorf wies noch einmal die Mär zurück, daß Ostende und Seebrügge für unsere U-Boote gesperrt seien und schloß: Die U-Bootgefahr ist für unsere Gegner, wie diese selbst wissen, nicht beseitigt. Unsere Vorkehrungen für die zukünftige U-Bootkriegsführung tragen sowohl der beobachteten Gegenwirkung, wie der wohl zu erwartenden Vermehrung der Schiffsbauten in England und den Vereinigten Staaten Rechnung. Wir dürfen der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen. England kann heute aus seinem System des Vügens in den Schiffsraumfragen gar nicht mehr heraus; wenn man die Wahrheit jagte, würde ein Sturm der Entrüstung das Land durcheinandern. Diese Wahrheit allein würde vielleicht schon genügen, dem Volke klarzumachen, wohin es die blinde Vernichtungswut seiner Führer zu bringen droht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der bayerische Staatsrat unter dem Vorsitz des Königs hat zwei wichtige Beschlüsse verabschiedet: das Lehrgesetz und das Beamtenversicherungsgesetz. Das Beamtenversicherungsgesetz wird für sämtliche staatsmäßigen Beamten Bayerns, also für 81 000 Staatsangestellte geschaffen. Es soll drei große staatliche Versicherungen vereinigen: die Kinderzulagenversicherung, die Witwenversicherung und die Kapitalversicherung. Die Einbringung des Lehrgesetzes kommt jahrelangen Wünschen der bayerischen Lehrerschaft entgegen. Die Vorlage soll einen großen Teil der daran geknüpften Hoffnungen der Lehrerschaft erfüllen. Es soll auch die Trennung des weltlichen Kirchendienstes von der Schule bringen, so daß die bisherige enge Verknüpfung der beiden Funktionen des Geistlichen und Lehrers in Zukunft aufhört.

Für die Steuer selbständigkeit der Bundesstaaten trat in der bayerischen Kammer der Reichsräte Finanzminister v. Dreunig in längerer Rede ein. Der Minister führte aus, daß in das Gebiet der direkten Steuer nicht eingegriffen werden dürfe. Würden einmal erst große Einkommen besteuert (wie es der Antrag Groeber bezweckt), so würden auch die kleinen bald folgen. Wenn die größeren Einkommen vom Reich besteuert werden sollen, dann wäre es unabwendbar, daß auch die einheitliche Steuererhebung auf diesem Gebiete im Deutschen Reich eingeführt wird, und wenn die einmal da ist, dann bedarf es nur der Klinke eines Gesetzesparagrafen, um schließlich auch die Einkommensteuer für das ganze Reich zu machen. Diese Folgen wären um so weniger übersehbar, und um so schmerzlicher, als verschiedene Einnahmequellen für die Bundesstaaten vom Reich völlig abgenommen erschienen und das Gebiet der direkten Besteuerung noch die einzige Einnahmequelle der Bundesstaaten ist.

Die neunte Kriegsanleihe wird wahrscheinlich in den ersten Tagen der zweiten Hälfte des September aufgelegt werden. Daß die Aussichten für diese Anleihe schon jetzt, noch vor Beendigung der Ernte, außerordentlich günstig sind, ist der stetig wachsende hohe Geldausfluß bei den Sparkassen und Genossenschaften. Wie stark sich in einzelnen Gebieten die Geldknappheit geltend macht, läßt sich aus dem auf dem westfälischen landwirtschaftlichen Genossenschaftstage erstatteten Jahresbericht für 1917 entnehmen. Dort wurde mitgeteilt: Die Spar- und Darlehnskassen standen unter dem Zeichen eines weiteren immerwährenden Geldausflusses, der fast vollständigen Ruhez des Darlehnsverkehrs, der Verbetätigung für die Kriegsanleihen und der weiteren Ausbildung des bargebenden Verkehrs. Ähnliche Berichte kommen aus anderen Teilen des Reiches.

Osterreich-Ungarn.

Die Osterreichische Krise ist überwunden oder besser gelöst, ihre Lösung ist bis auf weiteres verschoben. Nach einer von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Ministerpräsidenten Hussarek hat das Parlament die behelfsmäßigen Staatsnotwendigkeiten mit 215 gegen 193 Stimmen bewilligt. Wenn man Hussareks Rede recht betrachtet, so hat er sich eigentlich auf kein Programm festgelegt, vor allem aber vermieden, noch einmal den deutschen Kurs der Regierung zu betonen. Durch seine klugen Worte machte er allen Parteien Hoffnungen auf Erfüllung ihrer Wünsche, ohne sich nach irgendeiner Seite hin festzulegen. So kam die Abstimmung zustande, die den Haushalt des Staates bewilligte. Ministerpräsident Hussarek hat nun während der Sommerpause des Parlamentes Zeit, darüber nachzudenken, wie er den Staatskassen Halt macht.

Italien.

Dem Vatikan nahestehende Kreise erklären, daß der Papst keine erneuten Friedensschritte unternehmen werde. Die vatikanische Diplomatie sei zurzeit damit beschäftigt, Verbindungen mit Ländern anzuknüpfen und auszubauen, deren Völker Anhänger einer anderen Religion sind. Dadurch würden wichtige Abereinkommen und Verständigungen erzielt werden, deren Wert und Ziel den Hauptgegenstand der nächsten Papstnote bilden würden. Dagegen hat sich der Papst bereit erklärt, auf Ersuchen der Großherzogin von Luxemburg beim Verbands dabin zu wirken, daß er Miegerangriffe auf luxemburgisches Gebiet einstellt.

Holland.

Die Kartoffelausfuhr nach Deutschland ist, nachdem etwa 1000 Waggons ausgeführt worden sind, stillgelegt worden, weil die Kartoffeln für den inländischen Bedarf notwendig sind. Da die Ausfuhr auf Grund des deutsch-holländischen Wirtschaftsabkommens geschah, wird Holland nicht die ganzen 50 000 Tonnen Steinföhle bekommen, die Deutschland als Entgelt für die Frühkartoffeln zugefagt hatte. Die allgemeinen Verhandlungen über die Ausfuhr deutscher Kartoffeln werden fortgesetzt.

Großbritannien.

Das Gesetz über den Handel mit dem Feinde, das jetzt im Unterhause angenommen worden ist, bestimmt, daß die Beschlagnahme feindlicher Banken fünf Jahre nach dem Kriege und noch länger, wenn es das Unterhaus beschließt, dauern soll. Damit hat England die Bahn zum Wirtschaftskriege nach dem Kriege endgültig betreten. Das Gesetz umfaßt noch andere Abwehrmaßnahmen gegen die deutsche Wirtschaft, so die Einfuhrverwehre gegen deutsche Farben, die Konzeptionspflicht jedes Deutschen (auch des naturalisierten) in England usw. Es ist nun Zeit, durch gleiche Maßregeln unsererseits England Antwort zu erteilen.

Der Krieg.

(Mittl. B. L. V.)

Großes Hauptquartier, den 28. Juli 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Kege Erkundungstätigkeit. Stärkere Vorstöße der
Feindes nördlich der Yser, beiderseits der Somme und nord-
westlich von Montdidier wurden abgewiesen. In einzelnen
Abschnitten Artillerietätigkeit.

Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.
An der Kampffront verlief der Tag ruhig. Kleiner
Infanteriegefecht im Vorgebiet neuer Stellungen.

In der Champagne drang der Feind bei östlichem An-
griff in unsere vorderen Linien südlich vom Ristel-Ver-
ein. Unser Gegenstoß warf ihn größtenteils wieder
zurück.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Eine neue deutsche Gegenoffensive?

Die englischen Blätter berichten: Die Hauptneugier ist
die Tatsache, daß die Deutschen ihre Linien verstärken
und heftige Gegenangriffe auf der ganzen Front vom
Durc bis Brigny unternahmen. Sie greifen in westlicher,
südlicher und östlicher Richtung an, und es hat den An-
schein, daß der deutsche Generalstab entschlossen ist, hier
ständigzuhalten und das Gelände, das deutsche Truppen
noch auf dem nördlichen Marne-Ufer besetzen, festzuhalten.
Trotz des großsprecherischen Hervorhebens über die
französische Offensive äußert übrigens auch die gesamte



Die große Abwehrschlacht zwischen Aisne und Marne.

Pariser Presse lebhaftest Befürchtungen vor neuen
deutschen Angriffen. Dem künstlichen Sieges-
rummel hat in den Pariser Blättern die kaum
verheilte Besorgnis Platz gemacht, daß die neue
deutsche Offensive die durch französische Gegenangriffe stark
geschwächte Armee zum Rückzug zwingen könne. — In
der italienischen Presse macht sich eine starke Ernüchterung
in der Beurteilung der militärischen Lage geltend. Die
Blätter meinen, es sei verfrüht, von irgendwelcher Ent-
scheidung zu reden, die kritische Phase des Kampfes dauere
an, ja man trete sogar erst in sie ein. Amerikanische
Truppen würden keineswegs ausreichen, um dem Verband
den Sieg zu sichern. Es sei deshalb notwendig, die
eigenen Kräfte aufs höchste anzuspannen, und mehr als je
sehe das Problem des Mannschaftserlasses im Vorder-
grund. Der „Secolo“ gibt eine Äußerung des in Rom
weilenden amerikanischen Abgeordneten Tillman wieder,
wonach in Amerika jetzt allgemein die Ansicht vorherrscht,
die Entscheidung des Krieges sei am sichersten an der ita-
lienischen Front zu erzielen. Das Blatt schreibt dazu,
leider erkenne man diese Wahrheit in Amerika etwas spät.
Vor Kriegsausbruch hätte die Entente nur noch eine geringe An-
strengung gebraucht, um in Österreich einzudringen und
ihm den Frieden zu diktieren, aber damals habe Amerika
alles getan, um Österreich zu schonen, in der Hoffnung, es
von Berlin abzuschneiden, was sich als ein großer Irrtum
herausgestellt habe.

Die Kämpfe in Ostafrika.

General von Lettow-Vorbeck hat nach feindlichen
Berichtungen Mitte Juni die Gegend von Vila
Cipitanga in der Provinz Quelimane besetzt. Diese Provinz
erstreckt sich an der Provinz Mozambique, welche der
Schauplatz der erfolglosen Einkreisungsversuche der Monate
Januar bis Juni gewesen ist. Deutsche vorgeschobene
Abteilungen bedrohen die von dem Hafenplatz Quelimane
ausgehende Bahnlinie, so daß englisch-portugiesische Truppen
zum Schutz gegen deutsche Angriffe dorthin geschickt werden
mußten. Sie wollen in der Zeit vom 20.—27. Juni die
deutschen Abteilungen zum Rückzug auf ihre Hauptmacht
zwingen haben. Nach neuesten Meldungen steht die
deutsche Schutztruppe jetzt mehr als 500 Kilometer tief im
portugiesischen Gebiet und bedroht die fruchtbarsten Ge-
biete Portugiesisch-Ostafrikas.

Der Krieg zur See.

Verluste der britischen Flotte.

Rotterdam, 27. Juli.
Amlich meldet Reuter aus London: Der Hilfskreuzer
„Marmora“ (10 500 Tonnen, früher B. u. O. Linie)
wurde am 23. Juli von einem deutschen U-Boot torpediert
und versenkt. Zehn Mitglieder der Besatzung werden
vermißt.

Ein britischer Torpedojäger lief am 24. Juli auf
Strand und ging unter. Dreizehn Mann der Besatzung
werden vermißt.

Amerikanische Furcht vor den U-Booten.

Genf, 27. Juli. Die „Newport Sun“ meldet: Die
amerikanische Regierung ordnete eine verstärkte Kontrolle des
Schiffsverkehrs aus Mexiko mit den Vereinigten Staaten
an in der Überzeugung, dadurch die Spuren der
deutschen U-Boot-Tätigkeit in den nordamerikanischen Ge-
wässern zu finden. Die Prämien für die Auffindung deutscher
U-Boote wurden bis 100 000 Dollar erhöht.

Der französische Dampfer „Lydien“ torpediert.

Amsterdam, 27. Juli. Die „Times“ melden aus Santander,
daß der französische Dampfer „Lydien“ torpediert wurde, und
daß von der Besatzung von 46 Mann nur sechs gerettet wurden.

Kleine Kriegsgeschichte.

Berlin, 27. Juli. Der neue Staatssekretär des Aus-
wärtigen, v. Dierke, besaß sich heute Abend zu mehrtägigem
Aufenthalt ins Große Hauptquartier.

Berlin, 27. Juli. Die ungeheuren Verluste, die der
Verband seit dem 21. März im Westen erlitten hat, haben
dazu geführt, daß in den letzten Monaten mehrere englische
und französische Divisionen infolge Mannschaftsmangels
aufgelöst wurden.

Berlin, 27. Juli. Freiherr v. Lyncker, vortragender
Generaladjutant und Chef des Militärkabinetts des Kaisers,
ist zum Präsidenten des Reichs-Militärgerichts ernannt
worden.

Vom Tage.

Hindenburg geht es ausgezeichnet.

Berlin, 28. Juli. Aus dem Großen Haupt-
quartier wird gemeldet: Aus zahlreichen Anfragen
geht hervor, daß in der Heimat unbegründete Nach-
richten über das Befinden des Generalfeldmarschalls
von Hindenburg verbreitet sind. Der Generalfeld-
marschall läßt bitten, solchen völlig unbegründeten
Gerüchten keinen Glauben zu schenken. Es geht ihm
ausgezeichnet.

Verordnungen an Staatssekretäre und preuß. Minister.

Berlin, 27. Juli. Der Kaiser verließ folgende Auszeich-
nungen: Dem Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. v. Bover
den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern, dem
Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Dr. v. Krause den
Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse, dem Bize-
präsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg, dem
Minister des Innern Dr. Drews, dem Minister für Land-
wirtschaft von Eisenhart-Rothe, dem Finanzminister
Dr. v. Winterfeldt, dem Reichspostminister Rablitz, dem Staats-
sekretär des Reichswirtschaftsministeriums Freiherrn von Stein den
Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem
Justizminister Dr. Spahn den Stern zum Roten Adlerorden
zweiter Klasse mit Eichenlaub.

Neuer Wirtschaftsvertrag mit der Ukraine.

Berlin, 27. Juli. Vier tauben dieser Tage Verhand-
lungen zwischen Regierungsvertretern und dem österreichischen
Ernährungsminister Baul über die Festlegung von Richtlinien
für den neuen Wirtschaftsvertrag mit der Ukraine statt. Der
letzte Vertrag läuft am 31. Juli ab.

Niesenerfolge unserer Flieger.

Berlin, 27. Juli. In den großen Kämpfen dieses
Monats verloren unsere Gegner im Westen insgesamt 239
Flugzeuge, 16 Fesselballone, außerdem 4 Flugzeuge durch
den Heimatluftschutz, wir dagegen 49 Flugzeuge und
41 Fesselballone. Damit sind die höchsten Abschichtzahlen
für eine Wochenfrist seit Kriegsbeginn erreicht.

An der Hauptkampffront im Westen wurden allein 177
feindliche Flugzeuge abgeschossen.

„Die Angriffstätigkeit der Deutschen wächst.“

Genf, 27. Juli. General Koch ist, wie aus allen Pariser
Meldungen hervorgeht, zu einer bedeutenden Einschränkung
seiner Angriffsfrequenz genötigt worden. Nördlich der Marne
hat das Erscheinen starker deutscher Reserven die Alliierten
zur vollständigen Einstellung ihrer Offensivbewegung genötigt.
Der „Matin“ meldet: Die Deutschen halten den Dogen
Sokolow-Rühms in unerminderter Widerstandskraft. Die
Angriffstätigkeit der Deutschen wächst an allen Fronten.

Verurteilung der früheren Radaregierung.

Kiew, 27. Juli. Der große Prozeß gegen die Mitglieder
der früheren Radaregierung, der vor einem deutschen Feld-
gericht stattfindet, ist zu Ende. Im Prozeß wurde erwiesen,
daß die ehemalige Rada einen Umsturz beabsichtigt und die
Verzögerung starker Kräfte zur Bekämpfung der deutschen
Truppen vorbereitet hatte. Das Urteil lautete gegen den
früheren Ministerpräsidenten Polubowitsch und den Kriegs-
minister Schukowitsch auf je zwei Jahre, gegen die übrigen
Angeklagten auf je ein Jahr Gefängnis.

Die japanischen Kriegsschiffe vor Wladiwostok.

Moskau, 27. Juli. Nachrichten aus Wladiwostok zufolge
sind sich das im dortigen Hafen liegende japanische Ge-
schwader aus drei Großkampfschiffen und zwei Kreuzern zu-
sammen.

Generalmobilmachung in Rußland.

Basel, 27. Juli. Die Reuter-Agentur berichtet über
Amsterdam, daß nach eingetroffenen Telegrammen die
Generalmobilmachung in Rußland am 17. Juli gegen die
Tscheko-Slowaken und Gegenrevolutionäre begonnen hat.

Gegen Tscheko-Slowaken und Ententetruppen.

Amsterdam, 27. Juli. Die Sowjetregierung sammelt nach
einer Reutermeldung Streitkräfte, um das weitere Vordringen
der Tscheko-Slowaken und Ententetruppen zu verhindern.

Japans Aktion in Sibirien.

Osaka, 27. Juli. „Manchester Guardian“ meldet, die
Aktion Japans in Sibirien werde sich auf die Befreiung
eines Teiles der sibirischen Eisenbahnen und der großen
sibirischen Häfen beschränken.

Winterquartiere auf der Kolahalsinsel.

Zugano, 27. Juli. Wie der „Secolo“ meldet, haben die
Ententetruppen auf der Halbinsel Kola ihre Winterquartiere
aufgeschlagen.

Der Aufenthalt der Czarin unbekannt.

Petersburg, 27. Juli. Der Aufenthalt der Czarin und
des früheren Zarowitsch (der vor einiger Zeit totgesagt wurde),
ist der Moskauer Regierung zurzeit gänzlich unbekannt. Man
weiß nicht, wo sich die Beiden befinden.

Zusammenschluß der Deutschnationalen in Österreich.

Wien, 27. Juli. Die Deutschnationale Partei und die
Deutschnationale Vereinigung des Abgeordnetenhauses haben
nach mehrwöchigen eingehenden Vorbereitungen ihren Zu-
sammenschluß vollzogen und werden unter dem Namen
„Deutschnationale Partei“ nunmehr einheitlich auftreten. Die
Deutschnationale Partei zählt jetzt 86 Mitglieder.

20 Jahre Juchthaus für einen Friedensprediger.

Stockholm, 27. Juli. „Ana dagligt Allehanda“ erzählt
von einem aus Amerika zurückgekehrten schwedischen Ameri-
kaner, daß der frühere Sekretär von Forts Friedenskonferenzen,
Rokner, zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er

sich nicht davon abhalten ließ, seine Arbeit für den Frieden
auch in Amerika fortzusetzen.

Sozialistenbekämpfung in Italien.

Zugano, 27. Juli. Die italienische Regierung steht gegen-
wärtig, wie man aus Mitteilungen in den Blättern erhellen
kann, in hartem Kampfe mit den Sozialisten. Infolge des Be-
trages des sozialistischen Kongresses lehnen zahlreiche Abteilungen
der Partei jedes weitere Zusammenarbeiten mit der Regierung
ab. Die revolutionäre sozialistische Partei von Fiume in der
Provinz Venetia wurde von der Regierung aufgelöst, ihr
Verhandlungsort geschlossen, sowie die Vereinspapiere und
die Fahnen beschlagnahmt. Diese Maßregel erfolgte wegen
der Unruhen vom 6. und 8. Juni. In diesen Tagen wurden
angeblich die Regierungsbeamten an dem Abtransport des
beschlagnahmten Getreides verhindert und die Drahtverbindung
mit Rom zerbrochen.

Nachrichten aus den Sonntag-Morgen-Blättern
vom 28. Juli 1918.

Berlin, 28. Juli. Laut Verfügung des Kriegs-
ministers werden Versorgungsberechtigten, bei denen eine
Erwerbsunfähigkeit von mindestens 50 Prozent vorliegt,
widerrechtliche Feuerungsablässe in Höhe von 120—132
Mark jährlich je nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit
gewährt. Die Erhöhung tritt mit dem 1. Juli 1918 in
Kraft.

Frankfurt a. M., 28. Juli. Französische Blätter
berichten, daß die Gültigkeit der Brotkarte in verschiedenen
Gebieten Frankreichs auf 75 Prozent der vorgedruckten
Menge herabgesetzt worden ist.

Amsterdam, 28. Juli. Infolge des großen
Munitionsarbeiterstreiks gibt die englische Regierung be-
kannt, daß die Befreiung vom Wehrdienst für alle die-
jenigen aufgehoben werden soll, die sich nach Sonntag noch
im Ausland befinden.

Rotterdam, 28. Juli. Englische Zeitungen schrei-
ben in Artikeln über Albanien, der dortige albanische Frei-
zug würde die Verbündeten in die Lage versetzen, dort
Serbien eine Entschädigung anzubieten.

Berlin, 28. Juli. Nach einer amtlichen Bekannt-
machung haben deutsche Beteiligte ihre Anmeldungen
wegen der Beschlagnahme oder Herführung von Schiffs-
ladungen aus Anlaß des Krieges an das Reichswirtschafts-
amt zu richten.

Moskau, 28. Juli. Aus England ist der Antrag
eingegangen, ein Schiffsraum von 300 000 Tonnen zu
überlassen, um nach Rußland Ware im Austausch gegen
russische Rohstoffe einzuführen.

Moskau, 28. Juli. Die Beweise mehrten sich, daß
zwischen der Ermordung des Grafen Mirbach und den
gleichzeitig in Moskau und anderen russischen Städten ver-
anstalteten Umsturzversuchen, die sämtlich die Wiederauf-
nahme des Krieges mit Deutschland zum Ziel hatten, ein
enger Zusammenhang besteht.

Genf, 28. Juli. Die französische Presse behauptet
nach wie vor, das Einreifen Sibiriens bezwecke nicht eine
kriegerische Expedition gegen Sibirien, sondern vielmehr
die Befreiung Westrußlands von Deutschland.

Berlin, 28. Juli. Die Geschäfte des Chefs des
Militärkabinetts werden von dem bisherigen Abteilungs-
chef, Generalmajor Freiherr von Marschall, verkleidet.

Kiew, 28. Juli. Der Eisenbahnerstreik beginnt lang-
sam abzuklingen. Auf verschiedenen Strecken ist der Ver-
kehr bereits wieder aufgenommen.

Bern, 28. Juli. Das Bombardement von Calais in
der Nacht vom 21. zum 22. war außergewöhnlich schwer.
Es wurde großer Sachschaden angerichtet. 27 Zivilisten
getötet. Es war das schwerste Bombardement, das Calais
bisher erlebt hat.

Kopenhagen, 28. Juli. Der dänisch-isländische
Bundeseigentwurf erklärt: Dänemark und Island sind
freie unabhängige Staaten, durch den gemeinsamen König
und durch das abgeschlossene Bundesabkommen mitein-
ander verbunden. Das Abkommen läuft vorläufig bis 1940.

Basel, 28. Juli. Die von der Pariser Arbeiter-
schaft gegen Clemenceau eingeleitete Bewegung findet im
ganzen Lande starken Widerhall.

Berlin, 28. Juli. Durch kaiserliche Kabinettsorder
sind neue Bestimmungen zur Lösung von Strafvermerken
im Strafregister für nach dem 2. Januar 1908 verhängte
Strafen getroffen worden.

Sonntags-Depechen.

Konstantinopel, 27. Juli. Laut Seman ist der Brigade-
general Ebdul Kerim Pascha zum osmanischen
Militärbevollmächtigten für Georgien,
General Mehmed Ali Pascha zum Militärbevoll-
mächtigten für Armenien ernannt.

Amsterdam, 27. Juli. Dem Algemeen Handelsblad wird
aus Rotterdam gemeldet, daß die Verhandlungen über die
Wiederaufnahme des Kriesschaufens
transportes durch den Rotterdamischen Lloyd und die
Zeeandlinie einen so günstigen Verlauf nehmen, daß mit
dem Dienst binnen einiger Wochen wieder begonnen wird.

Osaka, 27. Juli. Die Rieuwe Rotterdamische Courant
aus London berichtet, sagte Cape in seiner bereits gemel-
deten Rede im Unterhaus über den Austausch von
Kriegsgefangenen, daß im ganzen etwa 170 000
Kriegsgefangene und Zivilinternierte jeder der beiden Par-
teien für die Rückbeförderung in die Heimat in Betracht
kommen.

Moskau, 26. Juli. Aswestkija meldet einen durch
Nätetruwen abgefochtenen Anariff in Richtung Wo-
lorino.

Nach einem Armeebefehl Trozkis ist der Auf-
stand in Yaroslaw unterdrückt. Dabei sind Hunderte
von Gefangenen gemacht worden.

Die Bildung einer starken Wolgaflotte ist im Gange,
um den Fluß von Gegenrevolutionären zu säubern. Ein
Kursus fordert alle Matrosen auf, einzutreten.

Ein Dekret des Rates der Volkskommission vom 17. Juli
verfügt die Bildung einer Verlehrschaubewal-
tuna beim Verkehrsministerium an Stelle der allrussi-
schen außerordentlichen Kommission für Wegesbau. Die
Zahl der Angestellten soll auf 70 000 gebracht werden. Die
Angestellten sollen militärische Ausbildung erhalten und im
Operationsgebiet den Militärbehörden unterstehen.

Die Petersburger Relegraphen-Agentur meldet, daß die
Großfürsten Geora und Nicolai Michailowitsch und
Mitri Konstantinowitsch nach Petersburg übergeführt wor-
den sind.

In Sibirien soll eine amerikanische Eisen-
bahnkommission eingetroffen sein, welche die Lei-
tung der sibirischen Bahnen übernimmt.

Die Eisenbahnverbindungen zwischen Wolgoda und Mos-
kau über Yaroslaw ist wieder hergestellt.

Aus Rab und Fern

Herborn, den 29. Juli 1918.

* (Evgl. Kirchenhor.) Die Gesangstunde muß Dienstagabend noch einmal ausfallen.

* Zu der heutigen Theaterdarstellung können noch 40 Bühnenplätze zu je 1 Mark abgegeben werden. Eintrittskarten an der Kasse.

* Die Mittelschule beginnt ihren Unterricht am Mittwoch, morgens 8 Uhr, nicht am Dienstag.

* (Minderwertige und gefälschte Nahrungs- und Genussmittel.) Fesselnde Einblicke in die Werkstattgeheimnisse mancher Nahrungs- und Genussmittelfabrikanten gewähren die Untersuchungen des Chemischen Untersuchungsamtes für die Provinz Oberhessen in Gießen. Fleischbrühwürfel, Fleischbrüh-Erfrischmittel und ähnliche Präparate, vielfach in der Bezeichnung irreführend, enthielten meistens einen zu hohen Kochsalz- und einen zu niedrigen Stickstoffgehalt. Cipulver, Eisparpulver und Eierpulverwaren lediglich mit Teerfarbstoff gefärbte Backpulver, die übermäßig viel kohlensauren Kalk enthielten. In den Backpulvern wurden wiederholt Bisulfate und Maun als saure Bestandteile festgesetzt. Ein als feinstes Backpulver bezeichnetes Präparat bestand nur aus Kreide, ein anderes barg neben Kreide noch Zinkum, Zinkoxyd, Pfefferkuchen- und Stollengewürze waren nichts weiter als minderwertige aromatisierte Backpulver. Bei Buiding- und Vanille-Aroma kam oft nur gefärbter kohlensaurer Kalk als Aromaträger in Frage. Vanillin-Saucenpulver war ein Gemisch von Kartoffelmehl und gefärbtem Kalk. In den Schaumspenen und sogenannten Schlaghahne-Erfrischmitteln wurde statt der erwarteten Gelatine gewöhnliches Leimpulver festgestellt. Geleepulver enthielt neben 13,59 Proz. Zitronensäure etwa 3 Proz. freie Schwefelsäure (!) Sogenannter Kriegsbitter barg nur 1,93 Vol. % Alkohol. Weinessigen fehlten die ihnen charakteristischen Weinbestandteile. Die hauptsächlichsten Bestandteile der im Handel auftauchenden Stärke-Erfrischmittel waren Weim in Verbindung mit kohlensaurem Kalk und wenig Kartoffelstärke. Einige enthielten auch Soda, Borax und Magnesiumsulfat. Die Mehrzahl der Mittel war für die Erzielung der Wäscheeffektivität vollkommen ungeeignet. Stark eisenhaltiges aus Kochsalz bestehendes mit 0,91 Proz. Natrium versetztes Waschpulver war wertlos. Auch die sonstigen Waschmittel und die Mehrzahl der Schmierseifen-Erfrischproben, deren Wassergehalt bis zu 94,2 Proz. stieg, waren minderwertig und zu teuer.

Odenhausen (Kr. Weylar.) Sie werden nicht alle! Vor den Zigeunern, ihren Anschlägen und namentlich ihren Wahrsagungen wird oft in den Zeitungen gewarnt, und doch gibt es immer wieder Leichtgläubige, die darauf hineinfallen. So auch eine Kriegswitwe im hiesigen Orte. Zu ihr kam vor einigen Tagen eine Zigeunerin, der sie ihr Leid klagte. Die Zigeunerin erklärte daraufhin, es sei gar nicht wahr, daß ihr Mann gefallen sei, er lebe noch und werde bald wiederkommen. Um in diesem Sinne wirken zu können, verlangte sie von der Frau dreißig Mark. Das Geld wollte sie wiederbringen. Trotzdem der Tod des Mannes amtlich gemeldet worden ist, ging die leichtgläubige Frau auf den Reim und gab das Geld her. Natürlich sind weder Mann noch Zigeunerin wiedergekommen!

Grünberg (Oberh.) Auf dem Baugutwerk Reinhardtshain wurde vor einigen Tagen ein Einbruch verübt, wobei dem Betriebsführer Müll mehrere Anzüge, Stiefel, Lebensmittel usw. entwendet wurden. Am Freitag versuchten zwei Männer abermals einen Einbruch in die Büroräume, wurden aber dabei von Müll überrascht. Es entspann sich ein erbitterter Kampf, bei dem einer der Räuber von dem Betriebsführer zu Boden geschlagen und schwerverletzt wurde, dieser aber selbst durch einen Revolverbeschuss, den der zweite Bürsche abfeuerte, eine leichte Verwundung erlitt. Der zweite Räuber konnte unter Zurücklassung der Waffe entweichen. Der schwerverletzte Eindringling mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Höchst a. M. Die Wassernot, unter der die Stadt seit 10 Tagen litt, ist behoben. Seit Samstag ist der neuerbohrte Brunnen in Betrieb, der so viel Wasser spendet, daß bei einer gewissen Sparsamkeit, ein Mangel nicht wieder eintreten dürfte. Inzwischen sind zur Erweiterung des Wasserwerkes die Borsarbeiten zur Erbohrung eines neuen großen Tiefbrunnens aufgenommen worden.

Frankfurt a. M. Die von dem Lebensmittelamt angestellten Kontrollpersonen zur Ueberwachung der Geschäfte haben in zahlreichen Fällen Preisüberschreitungen beim Verkauf von Gemüse, besonders von Bohnen festgestellt. Innerhalb zweier Wochen wurden 90 Anzeigen bei der Polizei erstattet.

Camberg. Hart betroffen von dem Kriege wurde die Familie unseres früheren Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Lieber. In diesen Tagen hat der dritte Sohn, der Hauptmann und Kompanieführer Edward Lieber, den Heldentod fürs Vaterland erlitten.

Wiesbaden. In der Nacht zum Samstag wurden aus einem Ladengeschäft in der Bärenstraße Tuch- und Futterstoffe im Werte von 10 000 Mark durch Einbruch gestohlen. Die Besitzerin setzte eine Belohnung von 10 Prozent für die Wiederherbeschaffung der Waren aus.

Königstein. Die Stadtgemeinde Königstein blieb bei der Zwangsversteigerung des „Park-Hotels und Sturzgarten“ mit 277 001 Mark bestbieter. An der Hand architektonischer Studien hat Architekt Karl Schöngen ein großes Modell der ehemaligen Festung Königstein, sowie Modelle des einstigen Kapuzinerklosters und des alten Rathauses hergestellt. Diese Schaustücke im Verein mit einer großen Anzahl Bil-

den von Königstein sollen demnächst zu einer Ausstellung „Alt-Königstein“ vereinigt werden, deren Erträgnis der Kriegsfürsorge zugewendet wird.

Mainz. Eine einschneidende Maßnahme für Mieter und Vermieter ist für die Stadt Mainz in Kraft gesetzt worden. Nach dieser Verordnung dürfen Ein- bis Fünfstimmwohnungen nur dann gekündigt und anderweitig vermietet werden, wenn die Kündigung durch das städtische Mieteinigungsamt genehmigt ist. Eine Ausnahme bildet nur der Fall, daß Mieter und Vermieter über die Auflösung des Mietverhältnisses einig sind.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generallstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Blatt, Amtlich.) 29. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Teilangriffe, die der Engländer nördlich der Oise und Scarpe und in breiterer Front auf dem Nordufer der Somme führte, wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Kampfabschnitten südlich der Aisne ruhiger Vormittag. Am Nachmittag wurden nördlich von Villmontoire Teilangriffe des Feindes, denen heftiger Artilleriekampf vorrangig, im Gegenstoß abgewiesen. In der Nacht vom 26. zum 27. Juli haben wir zwischen Durca und Ardre unser vorderes Kampfgebiet planmäßig geräumt und die Verteidigung in die Gegend Fere-en-Tardenois-Bille-en-Tardenois verlegt. Dem Gegner blieb unsere Bewegung verborgen. Am 27. lag noch das Feuer seiner Artillerie auf unserer alten Linie. Nachhuten verhinderten seine erst am Nachmittag abgerückten vorrückenden Truppen an kampflöser Besetzung des von uns abgegebenen Gebietes. Gestern versuchte die feindliche Infanterie sich unter starkem Feuerschutz an unsere neue Linie heranzuarbeiten. Schwache, im Vorgebiet belassene Abteilungen empfingen den Feind auf nahe Entfernung mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und fügten ihm empfindliche Verluste zu. Auch die seit dem Tage vorher eingerichtete Artillerie und Schlachtflieger fanden auf die anmarschierenden Kolonnen und Panzerwagen des Feindes lohnende Ziele. Vor starken Angriffen des Gegners bei und südöstlich von Fere-en-Tardenois wich unsere Vorkampfbefugung, nach Erledigung ihrer Aufgabe, befehlsgemäß auf ihre Linie zurück. Die mehrfach wiederholten Angriffe des Feindes führten zu heftigen Kämpfen, die mit Zurückwerfung des Gegners endeten. Hierbei haben sich unter Führung des Generals Hachelin ostpreussische Regimenter, die schon auf den Höhen nordwestlich vor Chateau-Thierry und seit Beginn der Schlacht fast täglich mehrfachen Ansturm französischer und amerikanischer Divisionen zum Scheitern brachten, auch gestern wieder besonders hervor-

geboten. Deutnant Löwenhardt errang seinen 45. Luftsteg. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der deutsche U-Boottkrieg.

Berlin, 28. Juli. (Amtlich.) Im Kanal wurden 21 000 Br.-Keg.-Ton, versenkt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Eine New Yorker Bomben-Verschöbung.

Amsterdam, 29. Juli. (II) Aus New York wird gemeldet: Ein Versuch, eine Maschinenfabrik in der Nähe der Stadt in die Luft fliegen zu lassen, wurde durch die Verhaftung dreier Männer vereitelt. Einer von ihnen wurde ergriffen, als er gerade die Lunte einer Bombe entzündet wollte. Wie weiter gemeldet wird, sind Beweise einer Verschöbung gefunden worden. Man erwartet noch weitere Verhaftungen in dieser Angelegenheit.

Sozialistenzusammenkunft in der Schweiz.

Genf, 25. Juli. (II) Pariser Blätter berichten aus London, daß Troesstra nach Bebel abreist, um mit schweizerischen, deutschen und österreicherischen Sozialisten über die Friedensfrage zu sprechen. Französische Sozialisten werden an der Besprechung nicht teilnehmen, da die Regierung ihnen keine Pässe erteilt.

Die Gerichtsverhandlung gegen die Jarenminister.

Lugano, 29. Juli. (II) Der „Corriere della Sera“ meldet aus London, daß Nachrichten aus Moskau zufolge die Gerichtsverhandlungen gegen die Exminister Protopopow und Malakow begonnen haben. Alle gegenwärtig in Petersburg befindlichen früheren Minister der Jarenregierung werden zur Beurteilung nach Moskau gebracht.

In Erwartung eines neuen Zusammenpralls an der Westfront.

Bern, 29. Juli. (II) Die meisten Zeitungen erwarten einen neuen gewaltigen Zusammenprall auf der Ebene des Tardenois, der vielleicht von einem gleichzeitigen deutschen Vorstoß auf einem anderen Abschnitt begleitet sein werde.

Die schwarzen Amerikaner.

Bern, 29. Juli. (II) Die in Frankreich in letzter Zeit eingetroffenen amerikanischen Truppen be-

stehen zur Hälfte aus amerikanischen Negern. Das Auftauchen dieser schwarzen Truppen hat in Frankreich eine allgemeine Enttäuschung hervorgerufen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

Anordnung

über die Erfassung und Ablieferung des Getreides.

Auf Grund der §§ 5, 24, 25 und 72 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 28. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S. 425) und der dazu erlassenen Preussischen Ausführungsverordnung vom 12. Juni d. Js. (Sonderbeilage zum Regierungs-Amtsblatt Nr. 25) wird für den Landkreis folgendes angeordnet:

§ 1. Mit der nach der Verordnung des Reichskanzlers vom 29. Mai 1918 über die Ernteschätzung im Jahre 1918 (R.-G.-Bl. S. 465) vorzunehmenden Schätzung der Durchschnittserträge jeder Gemeinde findet in jeder Gemeinde an der Hand der Anbauflächenenerhebung eine Schätzung der Ernterträge jedes einzelnen Betriebes unter Mitwirkung eines Mitgliedes des Kreisfachausschusses statt. Die Schätzung erfolgt beginnend mit:

- I. während des Monats Juli für 1) Weizen (Winter- und Sommerweizen), 2) Roggen (Winter- und Sommerroggen), 3) Gerste (Winter- und Sommergerste) und Gemenge aus diesen Getreidearten,

II. während des Monats August für

- 1) Hafer, 2) Gemenge aus Getreide aller Arten mit Hafer, 3) Hülsenfrüchte und Gemenge aus Hülsenfrüchten aller Art, sowie mit Getreide.

III. während der Monate September und Oktober für Sommerrüben, Kartoffeln, Zuckerrüben, Kuntelrüben, Kohlrüben, Mohrrüben, Weißkraut.

Der Wirtschaftsausschuss hat die Ergebnisse der Ernteschätzung, die zunächst die Unterlage für die Feststellung der Mindestablieferungsschuldigkeit bildet, auf Grund der Fruchtsergebnisse nachzuprüfen und kann zu diesem Zweck Bestandsaufnahmen vornehmen und Probedrüsch anordnen. Die Besitzer oder deren Stellvertreter haben dies zu dulden, den Anordnungen Folge zu leisten und auf Verlangen Auskunft zu geben. Jedem Besitzer ist durch den Wirtschaftsausschuss das Ergebnis dieser Schätzung mitzuteilen. Erhebt er nicht innerhalb einer Woche seit Mitteilung gegen die Richtigkeit Einspruch, so wird er mit einer späteren Bemängelung nicht gehört. Wird Einspruch erhoben, dann ist dieser in mündlicher Verhandlung mit ihm zu erörtern und es sind nötigenfalls alsdann weitere Ermittlungen wie Probedrüsch oder dergl. vorzunehmen.

Die Mitglieder der Wirtschaftsausschüsse sind befugt, zwecks Vornahme der Ernteschätzung die Grundstücke zu betreten und Probeordnungen bei Kartoffeln vorzunehmen, sowie zum Zweck der Nachprüfung ihrer Schätzungen und der Bestandsanzeigen die Ausbeachtungsräume der Früchte zu betreten und von den Besitzern Auskunft zu verlangen. Das Ergebnis der Ernteschätzung ist seitens der Bürgermeister in die bereits durch Rundverfügung vom 4. ds. Mts. vorgeschriebene Ernteliste einzutragen.

§ 2. Wer Getreide aller Art oder Hülsenfrüchte ausdreschen will, hat dies einen Tag vorher dem Bürgermeister schriftlich oder mündlich unter Angabe von Ort und Zeit des Dreschens, sowie von Art und Menge der Frucht anzuzeigen. Ebenso ist das Gewicht der ausgedroschenen Frucht nach Fruchtarten getrennt spätestens 2 Tage nach erfolgtem Ausdresch und Reinigen dem Bürgermeister anzuzeigen. Hinterbracht ist ebenfalls beschlagnahmt und als solche besonders anzuzeigen.

Von der im vorigen Jahre angeordneten besonderen Beaufsichtigung der Dreschmaschinen und der Entgegennahme der Anmeldungen über die Ausdreschergebnisse durch ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses wird in diesem Jahre abgesehen. Die Erzeuger haben also ihr Getreide selbst zu wiegen und anzumelden. Das Abhandeln von der seither als lästiger empfundenen Dreschkontrolle geschieht in der sicheren Erwartung, daß die Landwirte den Vorschriften des § 2, Abs. 1, auf das Genaueste nachkommen.

Getreide, das nicht innerhalb der im § 2, Abs. 1, bestimmten Frist zur Ausdreschlifte angemeldet ist, verfällt zu Gunsten der Reichsgetreidestelle ohne Entschädigung für den Besitzer. Auch wird in solchen Fällen dem schuldigen Betriebsunternehmer das Recht der Selbstversorgung entzogen.

Das Gesamtergebnis des Ausdreschs ist seitens der Bürgermeister in Spalte 8 der Ernteliste einzutragen. Bei erheblichem Unterschied zwischen der Ernteschätzung und dem zur Ausdreschlifte angemeldeten Ertrag ist die Differenz durch Verhandlung mit dem Betriebsinhaber festzustellen und das Ergebnis seitens des Bürgermeisters bei Einreichung der Ernteliste berichtigend mitzuteilen.

§ 3. Der gesamte Ausdresch muß bis zum 15. November beendet sein, soweit nicht im Einzelfalle vom Landrat Ausnahmen zugelassen werden.

§ 4. Jeder Besitzer ist verpflichtet, seine Gesamternte aus Getreide und Hülsenfrüchten einschl. Mais und Lupinen, sowie in Gemenge daraus einschl. des Wintergetreides mit Ausnahme des Saatguts und der ihm zur Ernährung und zur Verfütterung freigegebenen Menge an den Kreis abzuliefern.

Die Mindestablieferungsschuldigkeit an jeder Fruchtart einer jeden Gemeinde wird nach dem Ergebnis des festgestellten Durchschnittsertrages vom Kreis errechnet und den Gemeinden mitgeteilt. Die

Gemeindebehörden haben ihrerseits in Gemeinschaft mit dem Wirtschaftsausschuss die zur Lieferung aufgegebenen Frucht mengen nach Maßgabe der Einzelschätzung auf die einzelnen Erzeuger umzulegen. Von dem Ergebnis dieser Umlegung ist den einzelnen Erzeugern Kenntnis zu geben mit der Erklärung, daß es sich dabei um eine Mindestablieferung handelt, deren Erhöhung im Falle der Feststellung eines höheren Ertrages und Ueberschusses vorbehalten bleibt. Die Umlegung ist so zeitig vorzunehmen, daß bereits bei Beginn einer jeden Fruchtternte jeder Erzeuger weiß, welche Menge ihm von der betreffenden Frucht als Mindestablieferungsfall auferlegt ist.

Die Gemeinden haften dafür, daß die ihnen und ihren Landwirten zur Lieferung aufgegebenen Mengen rechtzeitig und restlos zur Verfügung gestellt werden.

Landwirten, die sich in der Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht als unzuverlässig erweisen, wird das Recht der Selbstversorgung entzogen.

§ 5. Der Verkauf der Früchte erfolgt, wie auch im Wirtschaftsjahre 1917/18, unmittelbar für Rechnung der Reichsgetreidestelle durch den von der Reichsgetreidestelle bestellten Kommissionär. Dieser hat jeden Getreideverkauf in ein besonderes Buch unter fortlaufender Nummer einzutragen. Eine Durchschrift der Eintragung (Ablieferungsschein) hat er dem Ablieferer als Quittung auszuhändigen, eine zweite dem Kreis behufs Eintragung in die Wirtschaftskarte zu übersenden.

Der Betriebsunternehmer hat bei Revisionen die ihm vom Kommissionär ausgehändigten Ablieferungsscheine vorzulegen.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften werden gemäß § 80 der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch der Versuch ist strafbar.

§ 7. Diese Verordnung tritt für die neue Ernte anstelle der Kreisverordnung vom 27. Juli 1917 (Kreisblatt Nr. 176) mit dem Tage der Verkündung im Kreisblatt in Kraft.

Dillenburg, den 18. Juli 1918.

Der Kreis Ausschuss.

Wir hiermit zur genauesten Beachtung veröffentlicht.

In hiesiger Stadt wird die Kontrolle wie in den Vorjahren gehandhabt werden.

Auf die Bestimmungen in § 2 wird nach besonders eingehenden. Meldestelle ist Zimmer Nr. 8 des Rathauses.

Herborn, den 25. Juli 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Zur gefälligen Beachtung!

Unter Bezugnahme auf die erlassene Bekanntmachung seitens des Herrn Bürgermeisters dahier vom 27. Juli 1918 betr. die Impfung der Schweine gegen die Rotlaufseuche, werden die Mitglieder der hiesigen Schweineversicherungsgesellschaft aufgefordert ihre Schweine sofort zur Impfung bei dem unterzeichneten anzumelden. Dasjenige Mitglied, welchem ein nicht geimpftes Schwein an Rotlaufseuche eingeht, erhält keinen Schadenersatz.

Herborn, den 29. Juli 1918.

Der Vorstand d. Schweineversicherungsgesellschaft:
Georg Jopp, Vorsitzender.

Lebensmittelversorgung.

Morgen Dienstag, vormittags von 8 Uhr ab

Verkauf von roten Speisemöhren

am Güterbahnhof in Mengen von 10 Pfund ab.

Herborn, den 29. Juli 1918

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Inverlässiger

Fuhrmann

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Berkenhoff & Drebes, Merkenbach.

Wegen eingetretenen Todesfalles bleibt mein Geschäft
Dienstag und Mittwoch
geschlossen.

Max Piscator.

Wir suchen für sofort einen zuverlässigen

Kutscher

Neuhoffnungshütte bei Sinn.

Schreiner,
Fabrikarbeiter
u. Arbeiterinnen

suchen
Gebrüder Neudorf

Jedes Quantum
Blumentöpfe

kauft
Gärtnerei Schumann
Austraße 11.

Vorzeichner

suchen
Gebr. Achenbach,
Weidenau-Sieg.

Brennholz

Buchenscheit und Röhler, sowie
alle anderen Sorten zu kaufen
gesucht

Gustav Nebelung,
Holzgroßhandlung,
Frankfurt a. M. Tel. Qansa 533

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben Vater,
den Kaufmann

Heinrich Piscator

heute morgen im fast vollendeten 78. Lebensjahr in die ewige Heimat abzurufen.

Im Namen der trauernden Geschwister:

Max Piscator.

Herborn, den 28. Juli 1918.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. Juli 1918, nachmittags 2 1/2 Uhr statt.

Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.



Fern der Heimat und seinen Lieben starb am 25. Juli infolge kurzer schwerer Krankheit im Feldlazarett auf der Insel Oesel fürs Vaterland, mein lieber unvergesslicher Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwiegersohn, der Landsturmmann

Theodor Deiss

im Alter von 37 Jahren nach dreijähriger treuer Pflichterfüllung.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Seilhofen, Rodenroth, 29. Juli 1918

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Emma Deiss, geb. Theis
Minna Deiss
Rudi Deiss.

Gestern entschlief nach kurzer Krankheit unser Direktor

Herr Heinrich Piscator.

Seit 27 Jahren hat der Verstorbene unserem Verein, zuerst als Aufsichtsratsmitglied, seit 1905 als Direktor angehört und zur Entwicklung unserer Genossenschaft sein Teil beigetragen. Seine Pfllichttreue bis zum Tode, sein aufrichtiger Charakter und sein freundliches Wesen sichern ihm unser dauerndes, ehrendes Gedenken.

Herborn, 29. Juli 1918.

Der Vorstand und Aufsichtsrat
der Volksbank zu Herborn e. G. m. b. H.